





















In dieser Synopse haben wir die Antworten in ihrem Kern zusammengefasst. Die ausführlichen Antworten der Parteien finden Sie [hier](#)






1. Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Bildungs- und Berufsberatung: Welche zentralen politischen Ziele verfolgen Sie mit welchen konkreten Maßnahmen, damit sich die BBB-Beratung zügig auf die veränderte gesellschaftliche und wirtschaftliche Situation einstellen kann und zukunftsfähig wird?	
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- <b>Bildungsprämie ausbauen</b></li> <li>- Unterstützung von Unternehmen und Beschäftigten mit Info- und Weiterbildungs-Beratungsangeboten</li> <li>- <b>vorausschauende Forschungs- und Kompetenzentwicklung</b></li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Aufbau einer <b>flächendeckenden Beratungs- und Förderinfrastruktur</b></li> <li>- Überall dort, wo es eine Arbeitsagentur gibt, soll eine <b>Bildungsagentur als zentrale Anlaufstelle für alle Fragen zur Weiterbildung</b> aufgebaut werden.</li> <li>- Die Beratung und Förderung von Weiterbildung für alle interessierten Menschen findet in Zukunft in diesen regionalen Bildungsagenturen statt.</li> <li>- Sie sind das Herzstück von Bildungsnetzwerken, die ein gemeinsames Dach für kooperative Zusammenarbeit relevanter Akteure vor Ort bieten.</li> <li>- Auch Unternehmen sollen sich in den Bildungsagenturen beraten lassen können</li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Zentrale Grundlagen wurden bereits geschaffen:             <ul style="list-style-type: none"> <li>o Qualifizierungschancengesetz → Recht auf Weiterbildungsberatung für Beschäftigte</li> <li>o Nationalen Weiterbildungsstrategie (NWS),</li> <li>o Arbeit-von-morgen-Gesetz</li> </ul> </li> <li>- NWS - zentrale künftig umzusetzende Maßnahmen:</li> <li>- Entwicklung einer staatlich geförderten Bildungszeit; Perspektivisch sollten auch Selbständige in eine solche Bildungszeit einbezogen werden.</li> </ul>
	<p>Vor allem für Menschen mit niedrigem Einkommen scheidet der Zugang zu Weiterbildung jedoch oftmals an finanziellen Fragen. Das wollen wir ändern, indem wir sie vor allen Dingen auch finanziell unterstützen, wenn sie Weiterbildungen nutzen wollen. Die <b>persönliche Bildungsberatung</b> wollen wir <b>fördern</b> und mit digitalen Angeboten verknüpfen.</p>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- DIE LINKE will eine <b>flächendeckende, individualisierte, entgeltfreie lebensbegleitende Beratung</b> in Bildung, Beruf &amp; Beschäftigung.</li> <li>- Dabei gilt es, vermehrt auf <b>digitale Formate</b> zurückzugreifen.</li> <li>- Dazu braucht es <b>entsprechende Infrastruktur</b>, hohe Anforderungen an <b>Datenschutz und Qualifizierungs- bzw. Weiterbildungsangebote</b> auch für die Berater:innen.</li> </ul>






**2. Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Bildungs- und Berufsberatung: Halten Sie mit Blick auf die Herausforderungen durch die Corona-Pandemie politische und gesetzgeberische Anpassungen für erforderlich, um die Ziele des Qualifizierungschancengesetzes und der Nationalen Weiterbildungsstrategie weiterhin und nachhaltig umzusetzen? In welchen Bereichen?**






	<p>- Es gilt zu prüfen, inwieweit das <b>Chancenqualifizierungsgesetz mit Blick auf</b> die Situation der <b>KMU flexibler gestaltet</b> werden kann.</p>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Die bisherigen Instrumente der Weiterbildungsberatung und -förderung sind noch nicht weitgehend genug. Wir GRÜNE wollen sie gern ausweiten.</li> <li>- Wie oben skizziert sollen <b>flächendeckend Bildungsnetzwerke</b> entstehen sowie</li> <li>- <b>regionale Bildungsagenturen</b> als Orte, wo die wichtigsten Infos und Unterstützungen zu bekommen sind.</li> </ul>
	<p>Um den durch die Pandemie noch einmal beschleunigten digitalen Strukturwandel zu unterstützen, muss die <b>Nationale Weiterbildungsstrategie</b> auch in der kommenden Legislaturperiode <b>konsequent fortgesetzt werden</b>.</p>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Wir treten ein für ein <b>echtes zweites Bildungssystem</b> für das ganze Leben. Dazu wollen wir ein Midlife-BAföG einführen, das auch Menschen mit geringem Einkommen die Finanzierung von Weiterbildung und Bildungszeiten in jedem Alter ermöglicht.</li> <li>- Die Vielzahl von Bildungsangeboten für das lebenslange Lernen von öffentlichen wie privaten Anbieterinnen und Anbietern transparent und strukturiert auf einer <b>zentralen digitalen Plattform</b> einsehbar sein. Diese digitale Bildungsarena soll den Zugang zu Weiterbildungen erleichtern und gleichzeitig die Anerkennung informell sowie non-formal erworbener Kompetenzen ermöglichen.</li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Für alle Menschen soll es einen <b>Rechtsanspruch auf Weiterbildung</b> für berufliche Neuorientierung geben.</li> <li>- Dafür und für allgemeine, politische und kulturelle Weiterbildungen soll es einen <b>Rechtsanspruch auf bezahlte Freistellung</b> geben.</li> </ul>

3. Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Berater:innen: Welche Maßnahmen wollen Sie anregen, damit Berater:innen in ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen, Solo-Selbständige und Freiberufler:innen zukünftig besser abgesichert sind und ihre wichtige Arbeit fortsetzen können?	
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Einführung einer <b>Altersvorsorgepflicht für alle Selbstständigen</b>, die nicht bereits anderweitig abgesichert sind</li> <li>- <b>Verhinderung von Scheinselbstständigkeit</b> und gleichzeitig Schaffung von <b>mehr Rechtssicherheit für Selbstständige</b> und ihre Auftraggeber</li> </ul>
	<p>Zur Unterstützung der o.g. Gruppen steht Folgendes im Mittelpunkt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Erleichterung des Zugangs zur freiwilligen <b>Arbeitslosenversicherung</b></li> <li>• Flexible Beitragszahlungen in der <b>Rentenversicherung</b></li> <li>• Einsatz für einen <b>Unternehmer*innenlohn/ ein Selbstständigengeld</b> von monatlich 1.200 Euro plus Krankenversicherungsbeiträgen im Rahmen der Coronahilfen des Bundes</li> <li>• Weiterentwicklung der <b>Grundsicherung</b> zu einer Garantiesicherung</li> <li>• Eindämmung <b>unsicherer Beschäftigungsverhältnisse</b>, beispielsweise durch sachgrundlose und Kettenbefristungen</li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- <b>Solo-Selbständige besser absichern</b>, wo unvorhersehbare erhebliche Einnahmeausfälle zu Notlagen führen.</li> <li>- Einführung eines <b>Sicherungsgeldes</b> als neues, freiwilliges Angebot für eine solidarische Absicherung in Notlagen, vergleichbar mit Leistungen der Arbeitslosenversicherung</li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Fairness für Selbstständige durch <b>Erleichterungen für Selbstständigkeit</b> und den Abbau von Ungleichbehandlungen</li> <li>- Zukünftige Orientierung der <b>Beiträge für Selbstständige zur gesetzlichen Krankenversicherung</b> an den tatsächlichen Einnahmen</li> <li>- <b>Wahlfreiheit für Selbstständige bei der Altersvorsorge</b> und eine</li> <li>- Kopplung von Mini- und Midijob-Grenzen an den Mindestlohn</li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- <b>Beratungsangebote</b> müssen kontinuierlich vorhanden sein. Diese sind <b>über Projektförderungen</b> (mit befristeten Arbeitsverträgen) <b>nicht hinreichend abgesichert</b>.</li> <li>- Mit <b>Verschärfung des Teilzeit- und Befristungsgesetzes</b> sollen die Möglichkeiten zur Befristung von Beschäftigungsverhältnissen reduziert werden.</li> <li>- Bei Vergabeverfahren soll nicht der Preis der entscheidende Faktor für den Zuschlag sein, sondern Arbeits-, Umwelt- u.a. Standards als Bewertungskriterium etabliert und durchgesetzt werden.</li> </ul>






4. Digitale Beratungsformate: Was wollen Sie tun, damit Beratende die für den Einsatz digitaler Beratungsformate notwendigen Kompetenzen zügig erwerben, und was können Sie zur Entwicklung einer datenschutzkonformen digitalen Infrastruktur der Organisationen vor Ort beitragen?	
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Prüfung, inwieweit über die geplante nationale Bildungsplattform <b>zielgruppenspezifische Blended-Learning-Angebote</b> (also - auch welche für Beratende) angeboten und gefördert werden können</li> <li>- Ausbau des <b>Infotelefon Weiterbildungsberatung</b> des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) zu einem bundesweiten Bürgerservice „Beratung für lebensbegleitendes Lernen“</li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Stärkung <b>digitaler Beratungsangebote</b></li> <li>- Stärkung <b>digitaler Zukunftskompetenzen</b> mit Aus- und Weiterbildung</li> <li>- Förderung von Beratungen insb. bei KMU, um sie bei Digitalisierungsvorhaben zu unterstützen</li> <li>- Unterstützung <b>hoher Standards bei IT-Sicherheit und Datenschutz</b> durch ein dezentrales und unabhängiges IT-Beratungsnetzwerk</li> </ul>
	<p>„Das in der 19. Legislaturperiode vom BMAS aus ESF-Mitteln aufgebaute <b>Haus der Selbstständigen</b> will Solo-Selbstständige, Initiativen und Verbände branchenübergreifend zusammenbringen, Bedarfe selbstständiger Erwerbstätiger erheben und evaluieren sowie <b>zielgruppenspezifische Lehr- und Lernmethoden entwickeln und erproben.</b>“</p>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Schaffung einer <b>Bundeszentrale für digitale Bildung</b> mit drei Aufgabenfeldern:             <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Koordination:</b> Breitstellung von Informationen, Materialien und Kurse, um bei Menschen aller Altersklassen das Verständnis über die Grundlagen der Digitalisierung, aktuelle technische Entwicklungen und gesellschaftliche Debatten zu fördern</li> <li>• <b>Qualitätssicherung:</b> Beurteilung und Zertifizierung von digitalen Lehr- und Lernmitteln hinsichtlich rechtlicher und pädagogischer Mindeststandards</li> <li>• <b>Vermittlung digitaler Bildung:</b> digitalen Transformation des Bildungswesens und hierbei konkret mit digitaler Didaktik und der Aus- sowie Fortbildung von Lehrenden aller Bildungsinstitutionen zur Implementierung digitaler Lernstrategien.</li> </ul> </li> <li>- Konsequente Weiterentwicklung des <b>Datenschutzes</b>, Überprüfung des <b>bürokratischen Aufwands</b>,</li> <li>- Nutzbarmachung von datenschutzrechtlich ebenso wirksamen, aber weniger aufwendigen technischen Lösungen.</li> </ul>
	<p>Zur <b>Stärkung der Qualifizierung von Beratenden</b> soll insbesondere Folgendes geschehen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- <b>Ausbau von Blended-Learning-Angeboten</b> und anderen digitalen Bildungsangeboten mit Selbst- und Gruppenlernphasen</li> <li>- Wissenschaftler:innen sollen durch <b>Studien und Erhebungen</b> zur Verbesserung und Anpassung von Online-Beratungsangeboten beitragen.</li> <li>- Die <b>Nutzung von Online-Beratungen im Internet</b> darf nicht an eine Einwilligung in die Datenerhebung oder -weitergabe gekoppelt sein. Daher sollten Software und Anwendungen, die <b>datenschutzsparsam</b> sind, öffentlich gefördert werden.</li> </ul>

5. Digitale Beratungsformate: Was schlagen Sie vor, um Menschen mit hohem Qualifizierungsbedarf, Flucht- oder Zuwanderungserfahrung eine niedrigschwellige Beratung zu ermöglichen, und wie wollen Sie Zugang zu digitalen Diensten durch digitale Geräte, Internetabdeckung und Entwicklung digitaler Kompetenzen gewährleisten?	
	<p>Schaffung einer Offensive zur beruflichen Aus- und Weiterbildung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende Stärkung der Weiterbildungsbeteiligung von geringqualifizierten Arbeitslosen durch Verbesserung der Rahmenbedingungen</p>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Asylsuchende, Geflüchtete, Geduldete, neu ankommende Migrant*innen und EU-Bürger*innen sollen <b>von Anfang an Zugang zu Sprach- und Integrationskursen</b> haben. Dabei spielen auch digitale Angebote eine immer größere Rolle.</li> <li>- <b>Schaffung von zeitgemäßer digitaler Ausstattung und von Strukturen</b>, die die Schulen beim digitalen Lehren und Lernen wirkungsvoll unterstützen</li> <li>- <b>Fort- und Weiterbildungsangebote</b> für das pädagogische Fachpersonal</li> <li>- Die <b>Bildungsagentur</b> soll <b>zentraler Ort der Beratung</b> werden.</li> <li>- <b>Stärkung des Zugangs zu digitalen Diensten</b> mit einem Breitband-Universaldienst und dem Mobilfunkausbau.</li> </ul>
	<p>Einführung von <b>Weiterbildungsmentorinnen und - mentoren in den Betrieben</b>, Stärkung sozialer Netzwerke und eine Verbesserung des mehrsprachigen (Erst- )Informationsangebots, beispielsweise auf den Webseiten und Portalen der Beratungsinstitutionen</p>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Schaffung eines <b>zweites Bildungssystem</b> zur Stärkung des lebens- und arbeitsbegleitenden Lernens, das Menschen jeder Herkunft, Alters, beruflichen Ausrichtung und Arbeitserfahrung neue Bildungschancen und -möglichkeiten eröffnet, u.a durch:             <ul style="list-style-type: none"> <li>- Aufstiegspatenschaften für Kindern und Jugendlichen aus bildungsfernen Elternhäusern</li> <li>- Herstellung von Transparenz über die Vielzahl von Weiterbildungsangeboten von öffentlichen wie privaten Anbieterinnen und Anbietern (bundesweite Onlineplattform)</li> </ul> </li> <li>- <b>Gewährleistung des Zugangs zu digitalen Diensten</b>, insbesondere durch:             <ul style="list-style-type: none"> <li>- eine flächendeckende und hochleistungsfähige <b>Mobilfunkabdeckung und Glasfasernetze</b>,</li> <li>- Schaffung einer <b>Bundeszentrale für digitale Bildung</b></li> </ul> </li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Beratungsangebote müssen direkt zu diesen Zielgruppen gebracht werden, beispielsweise durch die direkte Ansprache in den Aufnahmeeinrichtungen sowie durch <b>niedrigschwellige regionale Beratungsangebote</b> vor Ort.</li> <li>- <b>Staatliche Unterstützung bei der Anschaffung internetfähiger Technik</b>, um Menschen in prekären Lebensverhältnissen durch den digitalen Wandel nicht noch weiter zu benachteiligen.</li> <li>- Internetfähige Digitaltechnik sowie der <b>Zugang zum Netz sollten dem soziokulturellen Existenzminimum</b> zugerechnet werden.</li> </ul>

6. Forschungs- und Entwicklungsbedarf: Durch die zunehmende Digitalisierung im Bereich der BBB-Beratung gibt es neuen Forschungsbedarf, insbesondere bezogen auf Beratungsformate, innovative Ansätze, Zugänge zur Beratung und technische Umsetzung. Was schlagen Sie vor, um diesen Forschungs- und Entwicklungsbedarf zügig zu realisieren?	
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- (Wir) wollen prüfen, ob und inwieweit allgemein zugängliche Daten, wie sie beispielsweise der Adult Education Survey zur Verfügung stellt, systematisch für ein <b>kontinuierliches Beratungsmonitoring</b> ausgewertet werden können.</li> <li>- Von der <b>geplanten nationalen Bildungsplattform als Kernstück eines neuen digitalen Bildungsraums</b> sind nicht nur Impulse für innovative Beratungsmodelle zu erwarten, sondern vor allem ein Schatz von Bildungsdaten, die die Forschung bereichern dürften.</li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, die <b>Forschung im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung</b> auszubauen.</li> <li>- Gerade <b>durch die Digitalisierung</b> entstehen für die Beratung <b>neue Möglichkeiten</b> der Vernetzung und für <b>niedrigschwellige Zugänge zu guten Beratungsangeboten</b>.</li> <li>- Eine <b>intensive wissenschaftliche Begleitung dieser Entwicklungen</b> leistet .... einen wichtigen Beitrag, um innovative Ansätze zu stärken und damit die Beratungsqualität dauerhaft zu erhöhen.</li> <li>- Dem Bundesinstitut für Berufsbildung und dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung kommen bei der Schließung von Forschungslücken in der beruflichen Aus- und Weiterbildung eine zentrale Bedeutung zu.</li> </ul>
	<p>Im Zuge der <b>Fortsetzung der Nationalen Weiterbildungsstrategie</b> sollte im Austausch mit Wissenschaft, Bundesländern, Sozialpartnern und Bundesagentur für Arbeit auch eingehender geprüft werden, welche Art der <b>Forschungsförderung</b> infrage kommt, um die noch offenen Fragen nach einer gezielten Verbesserung der anbieterrelevanten Strukturen sowie der geringen technischen Ausstattungen aufseiten der Ratsuchenden fundiert beantworten zu können.</p>
	<p>Wir wollen für eine <b>moderne Forschungspolitik</b> sorgen, die Chancen in neuen Technologien sieht und mit Gefahren verantwortungsvoll umgeht. Wir Freie Demokraten wollen u.a. Forschungsprojekte in den Bereichen „Educational Data Mining“ und „Learning Analytics“ sowie die Auswirkungen von künstlicher Intelligenz auf Bildung fördern.</p>
	<p>Hier müssten im Bereich der Bildungsforschung <b>entsprechende Forschungsprojekte</b> ausgebaut oder ggf. neu geschaffen werden (z.B. im Rahmenprogramm Bildungsforschung). Dazu ist eine verlässliche und bedarfsgerechte Finanzierung durch den Bund notwendig.</p>

<p>7. Forschungs- und Entwicklungsbedarf: Würden Sie sich für ein kontinuierliches, flächendeckendes Beratungsmonitoring als Grundlage für Qualitätsentwicklung und politische Entscheidungen einsetzen? Falls ja: für welche ersten Schritte setzten Sie sich ein?</p>	
	<p>Siehe Frage 6</p>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Wir GRÜNE halten <b>Bildungsmonitoring</b> für <b>unerlässlich</b>, um die Zielgenauigkeit und Qualität von Weiterbildungsangeboten stetig zu verbessern.</li> <li>- Die Bildungsanbieter wollen wir für das Monitoring gewinnen.</li> <li>- Gutes Monitoring erfordert aus unserer Sicht eine <b>qualifizierte Datenauswertung und -analyse</b>, insbesondere <b>der Beratungsleistungen und -ergebnisse</b>. In einem <b>begleitenden Controlling</b> müssen die finanziellen Implikationen regelmäßig erfasst werden, um die Kosten im Blick zu behalten.</li> <li>- Die <b>Ergebnisse</b> sollen <b>regelmäßig digital veröffentlicht</b> werden.</li> </ul>
	<p>Einen zentralen Beitrag zu einer flächendeckenden Beratung zu leisten, ist sowohl Anspruch der <b>vom BMAS initiierten Zukunftszentren</b> als auch der <b>Weiterbündnisse</b>.</p>
	<p><b>Maßnahmen zur Qualitätssicherung der Beratung</b> begrüßen wir grundsätzlich. Niedrigschwellige Beratung darf aber nicht an bürokratischen oder finanziellen Hürden scheitern. In die <b>Evaluation der Beratung</b> sollte auch das <b>Nutzerfeedback</b> einfließen.</p>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Eine einheitliche <b>Qualitätssicherung</b> und regelmäßige <b>Weiterbildungen des Beratungspersonals</b> sichern das hohe Niveau und die kontinuierliche Weiterentwicklung der Beratungsqualität. Als Vorbild könnte der Qualitätsrahmen Berliner Modell (QBM) dienen.</li> <li>- Zudem können <b>Datenbanken und regelmäßige Erhebungen</b> die Qualitätsentwicklung unterstützen.</li> <li>- <b>Ein Zusammenspiel von Qualitätssicherung, Qualitätskriterien und Zertifizierung</b> sind aus unserer Sicht von Bedeutung.</li> </ul>



8. Vernetzung und Koordination: Die NWS will den Auf- und Ausbau von Beratungsnetzwerken auf lokaler und regionaler Ebene für eine bessere Koordination der verschiedenen Anbieter (Agenturen für Arbeit, kommunale Beratungseinrichtungen etc.) stärken. Wie stellen Sie sich die Umsetzung und deren finanzielle Absicherung vor?	
	<p>Der <b>Auf- und Ausbau von Beratungsnetzwerken auf lokaler und regionaler Ebene</b> wird begrüßt. Die <b>Bundesagentur für Arbeit und die Länder sind in der Verantwortung</b>, Empfehlungen für regionale Aktivitäten zu entwickeln und gegebenenfalls die Zusammenarbeit vor Ort zu stärken.</p>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Schaffung von <b>Bildungsagenturen als zentrale Anlaufstelle für alle Weiterbildungsinteressierten</b></li> <li>- Hier bündeln Arbeitsagenturen, Jobcenter, Volkshochschulen, Kammern, Hochschulen und berufliche Schulen sowie andere Akteure der Weiterbildung ihre Kompetenzen und sorgen gemeinsam dafür, dass jede und jeder das für sie oder ihn passende Fortbildungsangebot findet.</li> <li>- <b>Neutrale und hochwertige Weiterbildungsberatung in den Bildungsagenturen</b>, ebenso wie unbürokratische Beantragung finanzieller Förderung für Weiterbildung.</li> <li>- Bildungsagenturen sind Netzwerke auf der Basis freiwilliger regionaler Kooperationsvereinbarungen. Ihre Finanzierung speist sich aus den Mitteln der in ihr vertretenen Kooperationspartner.</li> </ul>
	<p>Verweis auf das <b>Bundesprogramm „Aufbau von Weiterbildungsverbänden“</b>, das darauf abzielt, die <b>Teilnahme von KMU an Weiterbildungen zu erhöhen</b> und regionale Wirtschafts- und Innovationsnetzwerke zu stärken. (Hier geht es auch darum, KMU trägerneutral zu beraten – Anmerkung <i>nfb</i>)</p>
	<p><b>Beratungsnetzwerke</b> gilt es in engem Austausch mit der regionalen Wirtschaft, Bildungsanbietern und Beratenden zu <b>stärken</b>. (keine Ausführungen zur Umsetzung und finanzieller Absicherung – <i>nfb</i> Anmerkung)</p>
	<p>(Anmerkung <i>nfb</i>: Keine Aussage zu Beratungsnetzwerken und deren Finanzierung)</p>